

Presseveröffentlichung

(Quelle: Nordkurier vom 20.11.2009)

„Ich schäme mich dafür, dass Sie Minister sind!“

Landtag

In Schwerin flogen gestern die Fetzen. Hitzig stritten die Abgeordneten über die Bodenreform nach 1945.

Schwerin (OPA). Sehr emotional hat der Landtag gestern über die Bodenreform in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone debattiert. Die Linke hatte gefordert, das Parlament möge sich angesichts des Koalitionsvertrages von Union und FDP auf Bundesebene erneut zu der Bodenreform bekennen. Nach einer Klausel in dem Vertrag soll geprüft werden, ob zwischen 1945 und 1949 enteignete Grundeigentümer beim Verkauf noch nicht privatisierter Flächen bevorzugt werden können.

Agrarminister Till Backhaus (SPD) verlangte, die Diskussion müsse ein für alle Mal ein Ende haben, „verdammst noch mal“. Die damaligen Enteignungen seien im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zu sehen und völkerrechtlich anerkannt worden. Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung verunsichere die Menschen im Land und gefährde den sozialen Frieden.

Der CDU-Abgeordnete Henning von Storch warf der Linken vor, sie verteidige stalinistisches Unrecht. Eine Revision der Bodenreform sei bereits Anfang der 1960er Jahre in der DDR erfolgt, als Siedler auf Bodenreformland in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen wurden. Das Angebot des Vorzugskaufs für Alteigentümer sei ein „Akt der Gerechtigkeit“.

In der sowjetischen Besatzungszone seien 3,3 Millionen Hektar Fläche entschädigungslos enteignet worden. Derzeit seien im Land noch 175.700 Hektar in Bundeshand. Der Großteil der Flächen sei langfristig verpachtet. Der Handlungsspielraum für eine Entschädigung sei entsprechend gering.

Der Agrarexperte der Linken, Fritz Tack, warf der Bundesregierung vor, sie wolle die Bodenreform aushöhlen. Die alliierten Siegermächte hätten die Reform „zur Ausrottung des Hitlerfaschismus, zur Bestrafung der Schuldigen an Kriegs- und Naziverbrechen“ beschlossen. Im Einigungsvertrag sei dies akzeptiert worden. Linksfraktionschef Helmut Holter bekräftigte, geschlossene Kapitel der deutschen Geschichte müssten geschlossen bleiben. „Zu diesen Kapiteln gehört die Enteignung der Kriegsverbrecher, Großgrundbesitzer und der Naziaktivisten.“

FDP-Fraktionschef Michael Rooff erklärte, die Bodenreform sei eine Zwangsenteignung gewesen. Die Betroffenen seien pauschal als Junker, Faschisten und Steigbügelhalter der Nazis verunglimpft worden. Für dieses Unrecht müsse sich der Staat bei den Betroffenen entschuldigen. In Richtung von Backhaus sagte Rooff: „Ich schäme mich dafür, dass Sie Minister dieses Landes sind und eine solche Rede gehalten haben.“